

MEDIENKONFERENZ VOM 31. MÄRZ 2023

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Pensionskassen-Reform: Mehr bezahlen, weniger Rente

Nach dem Scheitern von AV 2020 wurden die Sozialpartner vom Bundesrat beauftragt, einen Lösungsvorschlag für die drängendsten Probleme in der 2. Säule zu erarbeiten, nicht zuletzt weil sie die Verantwortung für die 2. Säule tragen. Der nach intensiven Verhandlungen erreichte Reformvorschlag wurde vom Bundesrat übernommen und dem Parlament übergeben. In den letzten zwei Jahren hat das Parlament diese Vorlage komplett umgestaltet und konkrete, bezahlbare Verbesserungen gestrichen, gerade für Frauen. Der Sozialpartnerkompromiss wurde verdreht zu: Mehr bezahlen für weniger Rente.

Während der Bund hunderte Milliarden für die Banken-Rettung locker bereitstellen kann, wird auf Kosten der AHV gespart und bei den AHV-Renten nicht einmal die Teuerung ausgeglichen. Und jetzt sollen auch noch die Pensionskassen-Renten sinken? Dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund bleibt nichts anderes übrig, als das Referendum gegen diese Reform zu ergreifen. Die Politik soll das Leben für die Erwerbstätigen und normalen Rentnerinnen und Rentner verbessern, nicht verschlechtern.

Das Parlament verschliesst sich vor den echten Problemen in der 2. Säule

Die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts in der 2. Säule sind für die Arbeitnehmenden dramatisch. Die Umwandlungssätze sind kontinuierlich gesunken – während gleichzeitig die Lohnbeiträge an die Pensionskassen um über 10 Prozent gestiegen sind. Folge: Die Renten sinken seit mehreren Jahren. Die mittlere Neurente der Männer war 2021 pro Monat real 230 Franken tiefer als 2015 (Neurentenstatistik 2021) – das sind 8.5 Prozent weniger Rente.

Mit der BVG-Reform verschärft das Parlament dieses Problem, anstatt es zu lösen, mit Änderungen, die Rentensenkungen von bis zu 15 Prozent bedeuten. Die drohenden Rentenkürzungen betragen damit bis zu 270 Franken pro Monat. Am höchsten sind die Rentenverluste für jene Personen, die gerade nicht mehr in die Übergangsgeneration fallen. In dieser Alterskategorie sind alle Personen mit einem Einkommen von über rund 4'500 Franken pro Monat von tieferen Renten betroffen. Das sind grob geschätzt rund die Hälfte aller Frauen und ein Viertel aller Männer.

Aber selbst für 25-Jährige mit mittleren Einkommen – welche noch den gesamten Sparprozess in der Pensionskasse vor sich haben – wird die vom Bundesrat und allen Parteien zu Beginn des

Reformprozesses einhellig befürwortete Leistungsgarantie nicht mehr eingehalten. Das bedeutet nun für alle Generationen: Mehr bezahlen für weniger Rente.

Die aus der Zeit gefallene Reform ignoriert Zinswende und Inflation

Die Zinswende hat im letzten Jahr endlich eingesetzt, nachdem die Anlagekomitees der Pensionskassen mehr als zehn Jahre auf diesen Moment warten mussten. Auf höhere Zinsen weist auch die Entwicklung in den USA hin, welche gegenüber dem Rest der Welt oft etwas vorausgeht. Hier liegen die Kurzfristzinsen schon bei 5 Prozent. Die Zinswende hat unmittelbare Auswirkungen auf die Pensionskassen. Werden die Auswirkungen der steigenden Zinsen auf die zukünftigen Leistungsversprechen berücksichtigt, dann steigen die ökonomischen Deckungsgrade rasant, die Kassen gewinnen an Spielraum. Deshalb sind Rentenerhöhungen und Anpassungen an die Teuerung nötig, statt den Umwandlungssatz weiter zu senken.

Nicht nur die Senkung des Umwandlungssatzes, auch die Herausforderungen der Teuerung werden komplett ignoriert. Dabei müsste das Parlament dringend Lösungen erarbeiten, um nicht nur die gesunkenen Renten auszugleichen, sondern auch, um auf die drohenden Kaufkraftverluste aufgrund des fehlenden Teuerungsausgleichs in der 2. Säule zu reagieren. Denn gemessen an den Konsumausgaben droht einer Einzelperson über 65 bis 2024 ein Kaufkraftverlust von 300 Franken.

Warum diese Reform für die Frauen nicht funktioniert

Die Frauen, welche dringend eine Verbesserung ihrer Rentensituation bräuchten, sollen mit dieser Reform um Jahrzehnte vertröstet werden – und weiterhin tiefe Renten erhalten. Obwohl vor der Abstimmung über AHV 21 viele PolitikerInnen versprochen hatten, dass die Rentenprobleme der Frauen in den Pensionskassen gelöst werden würden, wenn sie im Gegenzug bereit seien, länger zu arbeiten. Nun zeigt sich: Der Vorschlag des Parlaments funktioniert für die Frauen nicht. Schlimmer: Für viele Frauen führt die BVG-Revision zu tieferen Renten, obwohl ihnen mehr vom Lohn abgezogen werden soll.

Besonders verheerend sind diese Beschlüsse für Frauen mittleren Alters und mit einem mittleren Einkommen. Denn ihr Einkommensrückstand ist immer noch sehr hoch. So verdient die Hälfte aller Frauen monatlich weniger als 4'500 Franken, Teilzeitanstellungen sind weit verbreitet. Der durchschnittliche Beschäftigungsgrad von Frauen zwischen 50 und 64 Jahren liegt bei ca. 70 Prozent (SAKE). Genau für diese Einkommenskategorien sind die mit der BVG-Reform drohenden Kostensteigerungen besonders hoch. Und das, obwohl bereits heute rund eine Viertelmillion Frauen an Unterbeschäftigung leidet. Namentlich Frauen über 40 Jahre, welche die grösste Familienphase bereits hinter sich haben. Insgesamt liegt die Arbeitsmangelquote der Frauen mit 11.2 Prozent fast doppelt so hoch wie jene der Männer (6.5%). Nach der Erhöhung des Rentenalters trifft sie nun auch die Senkung des Mindestumwandlungssatzes und die Erhöhung der Lohnbeiträge mit voller Wucht.

Eine Reform für die Finanzindustrie – nicht für die versicherten Arbeitnehmenden

Letztlich werden mit der BVG-Reform die exorbitanten Gewinne und die Kostenexplosion in der 2. Säule nicht angetastet, im Gegenteil, der Finanzindustrie fliessen die nächsten 15 Jahre zusätzliche

40 Milliarden Franken aus der 2. Säule zu, indem den Versicherten erneut hohe Gebühren und Kommissionen verrechnet werden. Die Rechnung geht nur auf für PK-Manager, Broker und Versicherungen: Sie sollen weiterhin uneingeschränkt verdienen. Mittlerweile zweigen sie jedes Jahr 7 Milliarden Franken von unserem Ersparnis ab. Damit ist die Finanzindustrie die einzige Gewinnerin dieser Vorlage. Die versicherten Arbeitnehmenden hingegen sollen mehr bezahlen, aber weniger Rente erhalten.

Deshalb sagt der SGB ganz klar Nein zu dieser Pensionskassen-Reform.